



*Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Henfling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

*Einsatz von Glyphosat in der Thüringer Landwirtschaft und in Thüringer Kommunen*

*- Drucksache 6/26 -*

**Vizepräsident Höhn:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. Gibt es Nachfragen? Eine Nachfrage, Herr Abgeordneter Brandner.

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Herr Präsident, Frau Ministerin, die Internationale Agentur für Krebsforschung stuft beispielsweise Dieselabgase, alkoholische Getränke und Holzstaub als gefährlicher ein als Glyphosat. Erstere werden der Gruppe 1 der für Menschen nachweislich krebserregenden Stoffe zugeordnet, Glyphosat wird – wie übrigens auch der Genuss von heißem Matete – der Gruppe 2 A zugeordnet als wahrscheinliche krebserregende Substanzen. Meine Frage: Schätzt die Landesregierung angesichts dieses Befunds Maßnahmen gegen den Glyphosateinsatz überhaupt als vordringlich ein?

**Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Brandner, ja, ich habe in der Frage auch darauf geantwortet, dass mehrere Ministerkonferenzen sich auch mit dem Thema Glyphosat befassen. Allerdings gibt es natürlich rechtliche Grundlagen, die ich eben versucht habe, zu beschreiben, die den wissenschaftlichen Nachweis, dass dieser Stoff krebserregend ist, noch nicht erbracht haben und aufgrund dieser Unsicherheiten natürlich auch von uns eingefordert wird, dass ein solcher wissenschaftlicher Nachweis erbracht wird.

Vizepräsident Höhn:

Weiteren Fragebedarf sehe ich nicht, vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Doch!)

Eine dürfen Sie noch.

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Nur eine kurze Frage: Schätzt die Landesregierung diese Einschätzung als die Einschätzung der

WHO ein oder lediglich als eine einzelne Einschätzung der WHO? Sie sprachen ja darüber: WHO auf der einen Seite und auf der anderen Seite haben wir diese Internationale Agentur für Krebsforschung – es ist ja nur ein Unterinstitut der WHO.

**Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:**

Da die Landesregierung nicht einzig und allein eine solche Einschätzung vorzunehmen hat, sind wir genau daran interessiert, dass es eine bundeseinheitliche Einschätzung dafür gibt, das heißt, der Bund solle also – sicher werden mehrere Studien oder wissenschaftliche Untersuchungen dann am Ende zu einem Ergebnis führen. Am Ende geht es auch darum, dass wir es auch gesamt-europäisch betrachten. Es kommt hier nicht darauf an, ob die Landesregierung der Auffassung ist, dass man mehrere Studien dort einbezieht und dann zu einem Ergebnis führt. Ich gehe mal davon aus, dass sich der Bund dort natürlich nicht nur auf einzelne Studien verlassen wird. Das ist aber meine Auffassung.